

Allgemeiner Antrag

XIII. Mitgliederversammlung am 19. Februar 2022 in Innsbruck

Initiator*innen: Mitgliederversammlung (beschlossen am: 19.02.2022)

Titel: Demokratischere ÖH

Antragstext

1 Die Mitgliederversammlung der JUNOS Studierenden möge beschließen:

2 **Demokratischere ÖH**

3 **Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft**

4 Eine starke Interessensvertretung überzeugt durch ihre Leistung und benötigt
5 daher keinen Zwang. Eine freiwillige Mitgliedschaft stärkt
Interessensvertretungen sogar, was man etwa an Gewerkschaften
sehen kann. Wir Junge liberale Studierende – JUNOS fordern daher die
schrittweise Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der ÖH.

6 Alle Studierenden sollen die Möglichkeit haben nach dem ersten Semester ihre
7 Mitgliedschaft in der ÖH zu beenden. So hat die ÖH genug Zeit Studierende von
8 ihrer Leistung zu überzeugen und eine
Grundfinanzierung für die Vertretungsarbeit ist gesichert. Die ÖH muss dann für
die Beiträge der Studierenden arbeiten - sie wird so direkt an die Interessen
der Studierenden gebunden und ist
gefordert gute Vertretungsarbeit zu leisten und guten Service anbieten.

9 **Möglichkeiten zur Teilnahme an der Wahl**

10 Nachdem die Wahlbeteiligung bei der ÖH-Wahl im Jahr 1965 noch 70% betragen hat,
11 ist sie seither kontinuierlich gesunken und 2021 mit 15,8% auf ihrem absoluten
12 Tiefpunkt angekommen, wobei die
Wahlbeteiligung auf Bundesebene sogar noch geringer war. Eine derart geringe
Wahlbeteiligung schwächt die demokratische Legitimation der ÖH und somit ihre
Rolle als Interessenvertretung der
Studierenden.

13 Wir Junge liberale Studierende - JUNOS fordern daher die Möglichkeit, online an
14 ÖH-Wahlen teilnehmen zu können. Dies würde die Hürde für eine Teilnahme enorm
senken, eine unkomplizierte
Alternative zur Briefwahl bieten und die ÖH könnte endlich einmal eine
Vorreiterrolle einnehmen. Wichtig ist dabei, dass das allgemeine, gleiche und
geheime Wahlrecht gewahrt wird.

15 Solange die Option der Online-Teilnahme an der Wahl nicht umgesetzt wird, muss
16 eine Möglichkeit gefunden werden, dass auch die Studienvertreter_innen per
Briefwahl gewählt werden können, damit
Briefwähler_innen nicht länger von der Wahl der Studienvertretungen
ausgeschlossen werden.

17 **Wahlalter**

18 Das Recht zur Teilnahme an Wahlen ist ein fundamentaler Grundsatz demokratischer
19 Strukturen und darf nur mit guter Begründung eingeschränkt werden. Ein
20 Mindestalter von 14 Jahren für das aktive
Wahlrecht bei ÖH-Wahlen ist daher nicht gerechtfertigt. Wer in Österreich
studiert ist reif genug, um sich demokratisch zu beteiligen und über die eigene
Interessenvertretung abzustimmen. Wir Junge
liberale Studierende - JUNOS fordern daher, dass das aktive Wahlrecht bei ÖH-
Wahlen nicht länger an ein Mindestalter geknüpft ist.

21 **Auszählungsverfahren**

22 Die auf die wahlwerbenden Gruppen entfallenden Mandate für die Bundesvertretung
23 und die Hochschulvertretungen werden bislang durch das d'Hondtsche Verfahren
24 ermittelt, dieses bevorzugt jedoch
größere Fraktionen. In Zukunft sollen die Mandate daher anhand des Hare-Niemeyer-
Verfahrens zugeteilt werden, wodurch auch die Berechnung leichter verständlich
und nachvollziehbar wird. Das Hare-
Niemeyer-Verfahren soll außerdem auch bei der Besetzung von Ausschüssen und
vergleichbaren Gremien angewandt werden.

25 **Sitzungsleitung**

26 In Sitzungen der ÖH-Bundesvertretung und der lokalen Hochschulvertretungen ist
27 es aktuell gängige Praxis, dass die Vorsitzenden der jeweiligen
Hochschüler_innenschaften deren Leitung übernehmen.
Diese Aufgabe ist allerdings ein Interessenskonflikt mit ihrer Rolle als
Führungspersonen der entsprechenden ÖH-Exekutive.

28 Daher setzen wir Junge liberale Studierende – JUNOS uns für eigene
29 Sitzungspräsidien für die ÖHBundesvertretung und die lokalen
Hochschulvertretungen mit zumindest 13 Mandatar_innen nach dem
Vorbild des Nationalratspräsidiums ein.

30 **Urabstimmung**

31 Die ÖH ist als Interessenvertretung ihren Mitgliedern, den Studierenden,
32 verpflichtet. Diese sollten daher auch selbständig einfordern können, dass eine
33 Urabstimmung zu einer bestimmten Thematik
34 gestartet wird. Wenn 5% aller Wahlberechtigten eines Organs einen Antrag auf
35 Abhaltung einer Urabstimmung unterstützen, soll dies automatisch dazu führen,
dass die Urabstimmung gemeinsam mit der
nächsten ÖH-Wahl stattfindet. Die Ergebnisse von Urabstimmungen sind für die
jeweiligen Organe bindend und sollen nur durch eine erneute Urabstimmung
aufgehoben werden können, nicht mehr durch
eine Zweidrittelmehrheit des zuständigen Organs. Außerdem sollen die
Bundesvertretung sowie die Hochschulvertretungen die Abhaltung einer
Urabstimmung in Zukunft bereits durch eine einfache Mehrheit
beschließen können.

36 **Mitbestimmung**

37 Studierende, die nicht in der ÖH tätig sind, haben aktuell zwischen den Wahlen
38 keine Möglichkeit Einfluss darauf zu nehmen, wofür ihr Geld ausgegeben wird. Um
sicherzustellen, dass das Geld in
ihrem Sinne verwendet wird, sollen Studierende daher ihre Beiträge unkompliziert
für bestimmte Projekte zweckwidmen können.

39 Durch Online-Partizipationsplattformen auf Bundesebene sowie an jeder Hochschule
40 sollen Studierende, die ihren ÖH-Beitrag eingezahlt haben, außerdem Projektideen
einbringen und die Ideen anderer
bewerten können. Positiv abgestimmte Ideen müssen dann vom jeweiligen Gremium
behandelt und finanziert werden. Die Ergebnisse sind online öffentlich

zugänglich zu machen.

⁴¹ Außerdem müssen sämtliche Positionen in der ÖH öffentlich ausgeschrieben und per Newsletter bei allen Studierenden beworben werden.